Stadt Rotenburg a. d. Fulda
Entwurf und Offenlegung der 87. Änderung des Flächennutzungsplanes, Teil B für den Stadtteil Braach, Teil 1 und Teil 2
Beschlussvorschläge zu den vorgebrachten Anregungen gem. § 4 Abs. 2, § 3 Abs. 2 u. § 2 Abs. 2 BauGB und Mitwirkung der Vereine nach § 63 BNatSchG im Rahmen der 2. Offenlage vom 25.11.2019; Fristende: 03.01.2020

Stadt Rotenburg a. d. Fulda
Entwurf der 87. Änderung des Flächennutzungsplanes,
Teil B für den Stadtteil Braach, Teil 1 und Teil 2

Beschlussvorschläge zu den vorgebrachten Anregungen
der Behörden gemäß § 4 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB), der
Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB, der Nachbargemeinden gemäß
§ 2 Abs. 2 BauGB und Mitwirkung der Vereine nach § 63 BNatSchG
(2. Offenlage vom 25.11.2019; Fristende: 03.01.2020)

Folgende Behörden wurden beteiligt und haben dem Entwurf Flächennutzungsplanänderung zugestimmt bzw. keine Anregungen vorgebracht:

☒	Kreisausschuss Hef-Rof / Fachdienst: Brandschutz	06.01.2020
☒	Kreisausschuss Hef-Rof / Fachdienst: Straßenverkehrsbehörde	06.01.2020
☒	Kreisausschuss Hef-Rof / Fachdienst: Landwirtschaft und Forsten	06.01.2020
☐	Kreisausschuss Hef-Rof / Fachdienst: Wasser- und Bodenschutz	_____
☐	Kreisausschuss Hef-Rof / Fachdienst: Bauordnung	_____
☒	Kreisausschuss Hef-Rof / Fachdienst: Naturschutz	06.01.2020
☒	RP Kassel / Immissionsschutz	02.01.2020
☒	RP Kassel / Bergaufsicht	02.01.2020
☒	RP Kassel / Naturschutz und Landschaftspflege	02.01.2020
☐	RP Kassel / Regionalplanung	_____
☐	RP Kassel / Bauaufsicht	_____
☐	RP Kassel / Wasser- Boden- und Abfall	_____
☐	RP Kassel / Kommunales Abwasser, Gewässergüte, Oberirdische Gewässer, Hochwasserschutz	_____
☐	Straßen- u. Verkehrsmanagement Hessenmobil	_____

☐	Deutsche Telekom T-Com	_____
☐	IHK, Kassel	_____
☐	Stadtwerke Rotenburg a. d. Fulda	_____
☐	EnergieNetz Mitte GmbH– Elektrizität – und - Gas -	_____
☐	Hessisches Forstamt	_____
☐	Landesamt für Denkmalpflege Hessen	_____
☐	DB Services Immobilien GmbH, Frankfurt	_____
☐	Hessisches Baumanagement, Kassel	_____
☒	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Bonn	25.11.2019
☐	Polizeipräsidium Osthessen	_____
☐	Stadt Bebra	_____
☒	Gemeinde Ludwigsau	06.12.2019
☒	Stadt Waldkappel	11.12.2019
☒	Gemeinde Alheim	22.11.2019
☐	Gemeinde Cornberg	_____
☒	Stadt Spangenberg	06.12.2019
☐	Schutzgemeinschaft Deutscher Wald	_____
☐	Hess. Gesellschaft für Ornithologie und Naturschutz	_____
☐	Naturschutzbund Deutschland	_____
☐	Landesjagdverband Hessen e.V.	_____
☐	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.	_____
☐	Deutsche Gebirgs- u. Wandervereine	_____
☐	Verband Hessischer Sportfischer	_____
☐	Botanische Vereinigung für Naturschutz in Hessen	_____
☐	Unitymedia Hessen GmbH u. Co KG	_____
☐	Bischöfliches Generalvikariat, Fulda	_____
☐	Kirchenkreisamt für die Kirchenkreise Hersfeld-Rotenburg	_____
☒	LBIH, Frankfurt	12.12.2019

Stellungnahmen, in denen Anregungen vorgebracht wurden

1. EnergieNetz Mitte GmbH

13.12.2019

Anregungen und Stellungnahme:

Gegen den Entwurf zur Änderung des Flächennutzungsplanes bestehen unsererseits keine Bedenken.

Gas:

Gasversorgungsleitungen unseres Unternehmens sind im Bereich des Planes zu berücksichtigen.

In der Straße „Baumbacher Straße“ ist bereits eine Erdgasmitteldruckleitung verlegt. Damit ist es möglich, in dem ausgewiesenen Gebiet eine Erdgasversorgung anzubieten. Voraussetzung dafür ist die Wirtschaftlichkeit der erforderlichen Baumaßnahme.

Bitte weisen Sie die Grundstückserwerber auf die mögliche Erdgasversorgung hin, und teilen Sie uns zum gegebenen Zeitpunkt die Anschriften mit.

Außerdem bitten wir Sie, bei eventuell geplanten Baumbepflanzungen unbedingt die Standorte und Baumarten mit uns abzustimmen. Nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik ist zwischen Baum und Gasversorgungsanlage grundsätzlich ein Abstand von 2,50 m einzuhalten.

Strom:

Im Bereich des Planes befinden sich 1kV- Versorgungsleitungen. Diese Anlagen müssen berücksichtigt werden.

Die in der geplanten Grünfläche (Uferrandstreifen) eventuell vorgesehenen Bepflanzungen mit Bäumen muss so abgestimmt werden, dass keine Beeinträchtigungen der elektrischen Anlagen (hier: 20 kV Freileitung) zu erwarten ist.

Die evtl. von Ihnen vorgesehenen Bepflanzungen mit Bäumen müssen so abgestimmt werden, dass keine Beeinträchtigung der elektrischen Anlagen zu erwarten ist.

Zur Sicherung der vorhandenen Versorgungskabel bitten wir um Beachtung der EnergieNetz Mitte GmbH Baurichtlinien.

Abstände:

- > 2,50m = Schutzmaßnahmen in der Regel nicht erforderlich.
- 1,00 - 2,50 m = Der Einsatz von Schutzmaßnahmen ist in Abhängigkeit von Baum und Leitungsart zu prüfen
- 1,00 m = Baumpflanzung ist unter Abwägung der Risiken möglich, grundsätzlich sind Schutzmaßnahmen zu treffen

Wir haben die Planunterlagen (Strom und Gas) diesem Schreiben beigelegt.

Die Planangabe erfolgt ohne Gewähr. Der Plan ist ausschließlich für Planungszwecke zu verwenden. Eine Weitergabe an Dritte ist unzulässig.

Die genaue Lage und Überdeckung der Versorgungsleitungen ist in Handschachtung zu ermitteln.

Wir bitten Sie, den Bauherrn dahingehend zu informieren, dass vor Baubeginn ein Gespräch mit unserer RegioTeam in Bebra (Tel.: 06622/9211-0) stattfinden sollte, damit die ausführende Baufirma von uns vor Ort auf evtl. Gefahrenstellen hingewiesen werden kann.

Zur Sicherung der vorhandenen Versorgungsleitungen bitten wir um Beachtung des Merkblattes „Schutz von Versorgungsanlagen der EnergieNetz Mitte GmbH“, das wir diesem Schreiben beigelegt haben.

Für weitere Fragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Sollten sich Änderungen des Planes ergeben, bitten wir um erneute Benachrichtigung vor Beginn der Rechtsfähigkeit.

Stellungnahme des Planers und Abwägung:

Im Bereich der Gemeinbedarfsfläche und in der Fläche des Allgemeinen Wohngebietes sowie in der Ausgleichsfläche sind keine Leitungstrassen vorhanden. In der Straße „Baumbacher Straße“ ist bereits eine Erdgasmitteldruckleitung verlegt (Ortsausgang Richtung Baumbach linksseitig); diese führt auch über den Einfahrtsbereich und erschließt die Stadtwerke. Der rechtsseitig geplante Gehweg ist somit nicht betroffen.

Die Hinweise bezüglich der Abstandsregelung von Baumbepflanzungen wurden in den Bebauungsplan übernommen. Im Uferrandstreifen sind keine Baumpflanzungen geplant.

Beschlussempfehlung:

Die Hinweise waren bereits im Entwurf enthalten und werden in den Satzungsplan übernommen.

Keine Beschlussempfehlung erforderlich.

2. Deutsche Bahn AG

23.12.2019

Anregungen und Stellungnahme:

Auf Basis der uns vorliegenden Unterlagen übersendet die Deutsche Bahn AG, DB Immobilien, als von der DB Netz AG und der DB Energie GmbH bevollmächtigtes Unternehmen, hiermit folgende Gesamtstellungnahme als Träger öffentlicher Belange zum o. g. Verfahren.

Durch die Bauleitplanung werden die Belange der Deutschen Bahn AG und ihrer Konzernunternehmen nicht berührt. Wir haben daher weder Bedenken noch Anregungen vorzubringen.

Auf die einzuhaltenden Schutzräume und Schutzabstände im Bereich von 110 KV Bahnstromfreileitungen, wird vorsorglich hingewiesen.

Stellungnahme des Planers und Abwägung:

Das Baugebiet liegt außerhalb der Schutzstreifens und ist damit nicht betroffen.

Beschlussempfehlung:

Kein Beschluss erforderlich.

3. Hessen Mobil, Straßen- und Verkehrsmanagement

23.12.2019

Anregungen und Stellungnahme:

1. Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung oder ähnliches der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können.

- Nach dem Hessischen Straßengesetz (HStrG) § 23 dürfen längs der Landesstraßen

1. Hochbauten jeder Art in einer Entfernung bis zu 20 m bei Landesstraßen außerhalb der zur Erschließung der anliegenden Grundstücke bestimmten Teile der Ortsdurchfahrten, jeweils gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn,
2. bauliche Anlagen, die außerhalb der zur Erschließung der anliegenden Grundstücke bestimmten Teile der Ortsdurchfahrten über Zufahrten oder Zugänge an Landesstraßen unmittelbar oder mittelbar angeschlossen werden sollen,

nicht errichtet werden.

Satz 1 Nr. 1 gilt entsprechend auch für Aufschüttungen oder Abgrabungen größeren Umfangs sowie für Parkflächen, der Errichtung von Zäunen und Werbeanlagen. Weitergehende bundes- oder landesrechtliche Vorschriften bleiben unberührt.

- Gemäß HStrG § 23, Abs. 8 kann die oberste Straßenbaubehörde im Einzelfall Ausnahmen von den Verboten der Abs. 1, 5 und 7 zulassen, wenn die Durchführung der Vorschriften im Einzelfall zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde und die Abweichung mit den öffentlichen Belangen vereinbar ist oder wenn Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Abweichung erfordern. Ausnahmen können mit Bedingungen und Auflagen versehen werden.

Hiermit lassen wir gemäß HStrG § 23, Abs. 8 eine Ausnahme von der Anbauverbotszone bis auf 8,00 m zum befestigten Rand der Fahrbahn unter folgenden Auflagen und Bedingungen zu:

1. Der einseitige Gehweg muss baulich hergestellt werden mit Realisierung des Bebauungsplangebietes.
2. Die OD-Grenze wird versetzt nach Fertigstellung des einseitigen Gehweges. Die Stadt beantragt hierzu die Verlegung der OD-Grenze. Hessen Mobil führt das eigenständige Verfahren durch, zu dem die Stadt ihre Zustimmung erteilen muss.
3. Die Ortstafel muss bis zur Einmündung Stadtwerke versetzt werden.
4. Die Katasterflächen sind nach baulicher Umsetzung des Gehweges durch die Stadt zu bereinigen. Flächen des Landes, welche dann hinter dem Gehweg liegen, gehen in das Eigentum der Stadt über.

Die vorgenannten Bedingungen 1-4 müssen erfüllt werden, um den innerörtlichen Charakter zu erlangen. Andernfalls wird ein Linksabbiegestreifen für die jeweilige Einmündung erforderlich, welcher zu Lasten der Stadt errichtet werden muss.

- Niederschlagswasser und sonstige Abwässer dürfen dem Straßenkörper und seinen Entwässerungsanlagen weder mittelbar noch unmittelbar zugeführt werden.

Über das in Kraft setzen des Bauleiplanes bitten wir uns zu informieren.

Stellungnahme des Planers und Abwägung:

Hessen Mobil stimmt der im Bebauungsplan vorgesehenen Verlegung der Ortsdurchfahrtsgrenze zu. Hierbei sind die nachfolgenden vier Auflagen zu erfüllen:

1. Der einseitige Gehweg muss baulich hergestellt werden mit Realisierung des Bebauungsplangebietes.
2. Die OD-Grenze wird versetzt nach Fertigstellung des einseitigen Gehweges. Die Stadt beantragt hierzu die Verlegung der OD-Grenze. Hessen Mobil führt das eigenständige Verfahren durch, zu dem die Stadt ihre Zustimmung erteilen muss.
3. Die Ortstafel muss bis zur Einmündung Stadtwerke versetzt werden.

4. Die Katasterflächen sind nach baulicher Umsetzung des Gehweges durch die Stadt zu bereinigen. Flächen des Landes, welche dann hinter dem Gehweg liegen, gehen in das Eigentum der Stadt über.

Hierdurch entfällt die Pflicht zum Bau eines Linksabbiegers und die Anbauverbotszone wird von 20 m auf 8 m reduziert.

Beschlussempfehlung:

Die Auflagen:

1. Der einseitige Gehweg muss baulich hergestellt werden mit Realisierung des Bebauungsplangebietes.
2. Die OD-Grenze wird versetzt nach Fertigstellung des einseitigen Gehweges. Die Stadt beantragt hierzu die Verlegung der OD-Grenze. Hessen Mobil führt das eigenständige Verfahren durch, zu dem die Stadt ihre Zustimmung erteilen muss.
3. Die Ortstafel muss bis zur Einmündung Stadtwerke versetzt werden.
4. Die Katasterflächen sind nach baulicher Umsetzung des Gehweges durch die Stadt zu bereinigen. Flächen des Landes, welche dann hinter dem Gehweg liegen, gehen in das Eigentum der Stadt über.

werden akzeptiert und umgesetzt.

6. Regierungspräsidium Kassel – Regionalplanung

02.01.2020

Anregungen und Stellungnahme:

Der vorliegenden Planung stehen keine Ziele des Regionalplans Nordhessen 2009 entgegen.

Ohne den Plan abschließend geprüft zu haben, dass in der Flächennutzungsplanänderung Planteil 2 unter „2.Sonstige Planzeichen“ das Planzeichen weiterhin falsch erklärt ist

Diese Stellungnahme berührt keine Entscheidungen nach anderen Rechtsvorschriften.

Stellungnahme des Planers und Abwägung:

Im Flächennutzungsplan stand „Räumliche Grenze des Bebauungsplans“ dies wurde korrigiert in „Grenze der 87. Änderung des Flächennutzungsplans, Teil B (Planteil 2)“.

Beschlussempfehlung:

Im Flächennutzungsplan stand „Räumliche Grenze des Bebauungsplans“ dies wurde korrigiert in „Grenze der 87. Änderung des Flächennutzungsplans, Teil B (Planteil 2)“.

Anregungen und Stellungnahme:

Grundwasserschutz, Wasserversorgung

Bereits im Rahmen der Beteiligung nach § 4 (1) BauGB wurde von mir darauf hingewiesen, dass sich der o. a. Bebauungsplan und die Flächennutzungsplanänderung außerhalb von amtlich festgesetzten und geplanten Wasserschutzgebieten befindet und dass zur Beurteilung von Festsetzungsvorgaben, die sich auf Belange des allgemeinen Grundwasserschutzes (i. S. d. § 5 Wasserhaushaltsgesetz) beziehen, die untere Wasserbehörde beim Kreisausschuss des Landkreises Hersfeld-Rotenburg zuständigkeitshalber im Verfahren zu beteiligen sei.

Altlasten, Bodenschutz

Zu der überplanten Fläche wurde bereits im Rahmen der Beteiligung gem. § 4 (1) BauGB von mir Stellung genommen.

Die Prüfung der nun vorgelegten Unterlagen ergibt keine neuen Aspekte, so dass meine ursprüngliche Stellungnahme weiterhin Gültigkeit behält.

Auch die bodengutachterliche Bewertung durch eine bodenfunktionale Kompensationsbetrachtung in den vorliegenden Entwurfsunterlagen werden aus Sicht des vorsorgenden Bodenschutz als ausreichend beurteilt.

Kommunales Abwasser, Gewässergüte

Nach Maßgabe der vorgelegten Unterlagen bestehen aus Sicht der vom Dezernat 31.4 zu vertretenden Belange (FB Kommunales Abwasser, Gewässergüte) keine Bedenken gegen die Bauleitplanung.

Oberirdische Gewässer, Hochwasserschutz

Die geplanten Maßnahmen am Gewässer Fulda sind der Unteren Wasserbehörde beim Kreisausschuss des Landkreises Hersfeld-Rotenburg anzuzeigen. Gegebenenfalls bedürfen die Maßnahmen einer wasserrechtlichen Zulassung nach § 78 a Wasserhaushaltsgesetz (WHG). Ansonsten bestehen aus Sicht der von mir zu vertretenden Belange hinsichtlich oberirdischer Gewässer und zum Hochwasserschutz keine Bedenken gegen die Bauleitplanung.

Stellungnahme des Planers und Abwägung:

Zu Oberirdische Gewässer, Hochwasserschutz:

Bei der Zuordnungsfäche zum städtischen Ökokonto im Bereich der Fuldawiesen handelt es sich um eine reine Extensiverungsmaßnahme; hierfür bedarf es keiner wasserrechtlichen Genehmigung.

Beschlussempfehlung:

Keine Beschlussfassung erforderlich.

Anregungen und Stellungnahme:

Aus wasserwirtschaftlicher und wasserrechtlicher Sicht nehmen wir im Rahmen unserer Zuständigkeiten wie folgt Stellung:

Abwasserableitung und -behandlung

Das Planungsgebiet befindet sich im Einzugsbereich der Kläranlage Rotenburg/Braach (Bem.-Grunwald. 34.000 EW). Die entsprechende Zuständigkeit obliegt hier dem Regierungspräsidium Kassel, Abt. Umwelt- und Arbeitsschutz, Hubertusweg 19, 36251 Bad Hersfeld.

Oberirdische Gewässer, Hochwasserschutz

In die textlichen Ausführungen von F- und B-Plan ist ergänzend mit aufzunehmen, dass der geplante Gewässer- bzw. Uferrandstreifen von jeglicher Bebauung freizuhalten ist.

Stellungnahme des Planers und Abwägung:

Zu Oberirdische Gewässer, Hochwasserschutz:

Die Auflage, dass der Uferrandstreifen von jeglicher Bebauung freizuhalten ist, wurde in die textlichen Festsetzungen übernommen.

Beschlussempfehlung:

Die Auflage, dass der Uferrandstreifen von jeglicher Bebauung freizuhalten ist, wurde in die textlichen Festsetzungen übernommen.